

Vorlage Stadtparlament

Datum 29. Oktober 2024
Beschluss Nr. 4397
Aktenplan 152.15.11 Stadtparlament: Postulate

CO₂-neutral bis 2040; Auswirkungen auf die bestehende Planung; Postulatsbericht

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschlüsse zu fassen:

Das Postulat «CO₂-neutral bis 2040; Auswirkungen auf die bestehende Planung» wird abgeschrieben.

Die Werkkommission reichte am 21. Juni 2023 das beiliegende Postulat «CO₂-neutral bis 2040; Auswirkungen auf die bestehende Planung» ein. Darin bitten die Postulantinnen und Postulanten den Stadtrat Bericht zu erstatten, unter welchen Voraussetzungen das Netto-Null-Ziel, der im direkten Einfluss der Stadtverwaltung emittierten CO₂-Emissionen, bis 2040 erreicht werden kann. Im Rahmen der Beantwortung bitten sie den Stadtrat aufzuzeigen, ob und welche Massnahmen er bereit ist zugunsten einer schnelleren Zielerreichung zu ergreifen.

Im Rahmen seiner Vorlage (Nr. 3214 vom 21. September 2023) zur Frage der Erheblicherklärung beantragte der Stadtrat folgenden, geänderten Wortlaut:

«Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen nötig wären, um die gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen auf Stadtgebiet bis im Jahr 2040 auf null zu reduzieren.»

Das Stadtparlament erklärte das Postulat schliesslich an seiner Sitzung vom 31. Oktober 2023 gemäss folgendem Abänderungsantrag erheblich: «Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen nötig wären, um die gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen auf Stadtgebiet bis im Jahr 2040 auf null zu reduzieren. Welche angesprochenen Massnahmen ist der Stadtrat bereit, für diese Zielerreichung umzusetzen?»

1 Ausgangslage

Die Roadmap Null-Tonnen-CO₂ bis 2050, die mit dem Postulatsbericht «Auf dem Weg zur emissionsneutralen Stadt»¹ dem Stadtparlament zur Kenntnis gebracht wurde, zeigt ein realistisches Szenario, wie die *energiebedingten* Klimagasemissionen bis im Jahr 2050 auf null reduziert werden können.

In der Antwort auf die Interpellation «Dringender Handlungsbedarf für den raschen Ausstieg aus Erdgas und Erdölprodukten»² wurde dargelegt, dass eine Reduktion der Klimagasemissionen auf null bis 2030 zwar aus Sicht des Klimaschutzes wünschbar, jedoch nicht realistisch ist. Ob und mit welchen Konsequenzen ein beschleunigter Absenkpfad möglich ist, sollte geprüft werden.

Das Energiekonzept 2050 wurde mit den Bereichen Konsum und Ressourcen erweitert und am 22. Mai 2024 durch den Stadtrat beschlossen (Beilage). Dabei wurden die bestehenden Bereiche Wärme, Strom und Mobilität aktualisiert. Im Rahmen der Aktualisierung wurde der Zeitpunkt für die Zielerreichung der Null Tonnen CO₂ für die energiebedingten Klimagasemissionen überprüft. Das Zieljahr für Netto null der energiebedingten Klimagasemissionen wurde beim Jahr 2050 belassen.

Einige Städte in der Schweiz haben das Null-Tonnen-CO₂-Ziel auf 2040 gesetzt (Winterthur, 28. November 2021; Zürich, 15. Mai 2022, Luzern; 25. September 2022). Die Stimmenden des Kantons Basel-Stadt haben am 27. November 2022 in der Verfassung verankert, dass der Stadtkanton bis 2037 seine Klimagas-Emissionen auf Kantonsgebiet auf netto null zu senken hat.

2 Auswirkungen eines beschleunigten Absenkpades

In den folgenden drei Unterkapiteln sind die wesentlichen Auswirkungen eines beschleunigten Absenkpades der energiebedingten Klimagasemissionen in den Bereichen Wärme, Strom und Mobilität aufgeführt. Ausgangslage ist jeweils die Roadmap Null-Tonnen-CO₂ bis 2050, wobei die angenommene Bevölkerungszahl im Jahr 2050 von 90'000 auf 100'000 erhöht wurde.

¹ Vorlage an das Stadtparlament Nr. 4206 vom 26. Mai 2020, [Auf dem Weg zur emissionsneutralen Stadt; Postulatsbericht](#), (vom Parlament am 16. Juni 2020 abgeschrieben), [Roadmap Null-Tonnen-CO₂ bis 2050](#)

² Vorlage an das Stadtparlament Nr. 1770 vom 24. Mai 2022, [Interpellation Fraktion Grüne/Junge Grüne: Dringender Handlungsbedarf für den raschen Ausstieg aus Erdgas und Erdölprodukten; schriftlich](#).

2.1 Bereich Wärme

	Roadmap Null-Tonnen-CO₂ bis 2050	Null-Tonnen-CO₂ bis 2040 (beschleunigte Zielerreichung)	Auswirkungen des beschleunigten Absenkungspfads von 2050 auf 2040
2025	Ausbau Fernwärme-Netz und -Anschlüsse (3. und 4. Ausbauphase).	Ausbau Fernwärme-Netz und -Anschlüsse (3. und 4. Ausbauphase)	Die beschleunigte Zielerreichung hat keine Auswirkungen auf den Fernwärmeausbau. Der Ausbau war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» bis 2040 vorgesehen. Der fossile Anteil in der Wärmeproduktion muss schneller reduziert werden. Die sukzessive Erhöhung des erneuerbaren Anteils der Brennstoffe in den Fernwärmezentralen hat Auswirkungen auf den Wärmepreis.
	Durch Gebäudesanierungen und Ersatzbauten wird der Wärmebedarf bis 2050 um ca. 7,1 GWh/Jahr reduziert.	Durch Gebäudesanierungen und Ersatzbauten wird der Wärmebedarf bis 2040 um ca. 10 GWh/Jahr reduziert.	Durch Gebäudesanierungen und Ersatzbauten konnte der Wärmebedarf in den 10 Jahren von 2013 bis 2022 um durchschnittlich 6 GWh/Jahr reduziert werden (die Zunahme der beheizten Bruttogeschossfläche wurde dabei berücksichtigt). Ob eine Erhöhung der Sanierungsrate um mehr als 50 % mit einer zusätzlichen Förderung für Wärmedämmungen (zusätzlich zum kantonalen Gebäudeprogramm) aus dem städtischen Energiefonds erreichbar ist, ist fraglich. Eine zusätzliche Förderung bedingte auch eine Erhöhung der Energiefondsmittel (Erhöhung der Abgabe aus dem Stromkonsum). Für die Sanierung der städtischen Liegenschaften wäre in den nächsten 15 Jahren ein sehr grosser und aus heutiger Sicht nicht finanzierbarer Investitionsbedarf notwendig.
	Realisierung von 5 Nahwärmeverbunden mit WKK pro Jahr bis 2050	Realisierung von 8 Nahwärmeverbunden mit WKK pro Jahr bis 2040	Um das Ziel von 5 Nahwärmeverbunden pro Jahr zu erreichen, wurde im Jahr 2024 bei den sgsw eine zusätzliche Stelle geschaffen. Eine Erhöhung der Realisierungsrate um mehr als 50 % würde zusätzliche Ressourcen bedingen. Ob 5 bzw. 8 Nahwärmeverbunde pro Jahr realisiert werden, ist zudem stark von der Bereitschaft der Hauseigentümerschaften abhängig.
		Keine Installation von fossilen Direktheizungen	Damit ab 2040 keine fossilen Direktheizungen mehr in Betrieb sind (Lebensdauer 15 Jahre), dürfen ab 2025 keine fossilen Heizungen durch fossile ersetzt werden. Das heutige Energiegesetz verlangt lediglich bei Gebäuden mit Baujahr älter als 1991 oder einer schlechten Gebäudeeffizienz (Kategorie E oder schlechter) einen

			<p>erneuerbaren Anteil von 10 % beim Heizungersatz. Dies führt dazu, dass nach wie vor 30 bis 40 % der fossilen Heizungen durch fossile ersetzt werden.</p> <p>Es müsste ein Verbot für fossile Direktheizungen ab 2025 auf Kantonsebene erwirkt werden.</p>
		<p>Wärme-Kraft-Kopplungs-Anlagen (WKK)-Anlagen mit ansteigendem Anteil an erneuerbarem Gas.</p>	<p>Ist machbar, hat aber Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit von Wärmeverbunden mit WKK-Anlagen, bzw. über die Erhöhung des Wärmetarifes müssten die Mehrkosten auf die Wärmekundschaft abgewälzt werden, was die Bereitschaft zur Wahl dieser Wärmelösung wiederum senken würde.</p> <p>Es ist auch denkbar den Anstieg mit erneuerbarem Gas erst ab 2030 einzuführen. Um das Ziel, 100 % erneuerbares Gas bis 2040 zu erreichen, wäre die Anstiegs-kurve dann etwas steiler.</p>
2030	Ausbau Fernwärme-Netz und -Anschlüsse (3. und 4. Ausbau-phase)	Ausbau Fernwärme-Netz und -Anschlüsse (3. und 4. Ausbau-phase)	<p>Die beschleunigte Zielerreichung hat keine Auswirkungen auf den Fernwärmeausbau. Der Ausbau der Fernwärme war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO₂ bis 2050» bis 2040 vorgesehen.</p> <p>Der fossile Anteil in der Wärmeproduktion muss schneller reduziert werden. Die sukzessive Erhöhung des erneuerbaren Anteils der Brennstoffe in den Fernwärmezentralen hat Auswirkungen auf den Wärmepreis.</p>
	Keine Installation von fossilen Direktheizungen mehr.		Ist bereits ab 2025 notwendig.
	WKK-Anlagen mit ansteigendem Anteil an erneuerbarem Gas.	WKK-Anlagen mit ansteigendem Anteil an erneuerbarem Gas.	Falls nicht bereits ab 2025 eingeführt.
2035	Verdichtung Fernwärmenetz	Verdichtung Fernwärmenetz	<p>Die beschleunigte Zielerreichung hat keine Auswirkungen auf die Verdichtung des Fernwärmenetzes. Eine laufende Verdichtung der Fernwärme war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO₂ bis 2050» vorgesehen und wird parallel zum Fernwärmeausbau betrieben.</p> <p>Der fossile Anteil in der Wärmeproduktion muss bis 2035 um 50 % reduziert werden. Die Erhöhung des erneuerbaren Anteils der Brennstoffe in den Fernwärmezentralen hat Auswirkungen auf den Wärmepreis.</p>

		WKK-Anlagen werden mindestens zu 50 % mit erneuerbarem Gas betrieben.	Bei den heutigen Preisen für Biogas würden sich die Energiekosten für den Betrieb von Nahwärmeverbunden mit WKK-Anlagen um etwa 10 % erhöhen, was zu einer entsprechenden Erhöhung des Wärmetarifes führt.
2040	Verdichtung Fernwärmenetz	Fernwärme deckt mit 330 GWh/a knapp 50 % des Wärmebedarfs; Umweltwärme (zu 90 % Wärmepumpen) deckt 45 % des Wärmebedarfs; 5 % werden durch Gas-WKK gedeckt.	Die beschleunigte Zielerreichung hat keine Auswirkungen auf den Fernwärmeausbau. Der Endausbau der Fernwärme war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» bis 2040 vorgesehen. Damit die Fernwärme im Jahr 2040 knapp 50 % des Wärmebedarfs deckt, müsste die Gebäudesanierungsrate um mehr als 50 % erhöht werden (mit Reduktionen des Wärmebedarfs um je etwa 10 GWh/a statt bloss je 6 GWh/a). Der fossile Anteil in der Wärmeproduktion muss bis 2040 auf null reduziert werden. Der Einsatz von ausschliesslich erneuerbaren Brennstoffen in den Fernwärmezentralen erhöht den Wärmepreis.
	WKK-Anlagen werden mindestens zu 50 % mit erneuerbarem Gas betrieben.	Alle Gasanwendungen werden vollständig mit erneuerbarem Gas abgedeckt (Bedarf etwa 220 GWh/a).	Bei den heutigen Preisen für Biogas würden sich die Energiekosten für den Betrieb von Nahwärmeverbunden mit WKK-Anlagen um etwa 20 % erhöhen, was zu einer entsprechenden Erhöhung des Wärmetarifes führt. Ebenfalls müssen industrielle Prozesse bis 2040 auf erneuerbare Gase umgestellt haben. Ob 2040 die geforderte Menge an erneuerbarem Gas verfügbar ist (und zu welchem Preis) ist ungewiss.
		Keine fossilen Direktheizungen mehr in Betrieb	Bedingt ein Verbot für den Ersatz von fossilen durch fossile Heizungen ab 2025, bzw. eine Pflicht für den Ersatz von fossilen Heizungen bis 2040.
2045	Verdichtung Fernwärmenetz		
2050	Fernwärme deckt mit 330 GWh/a knapp 50 % des Wärmebedarfs. Umweltwärme (zu 90 % Wärmepumpen) deckt 45 % des Wärmebedarfs. 5 %		

	<p>werden durch Gas-WKK gedeckt.</p> <p>Alle Gasanwendungen werden mit erneuerbarem Gas abgedeckt (Bedarf etwa 220 GWh/a).</p> <p>Keine fossilen Direktheizungen mehr in Betrieb.</p>		
--	---	--	--

2.2 Bereich Strom

	Roadmap Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050	Null-Tonnen-CO ₂ bis 2040 (Beschleunigung)	Auswirkungen des beschleunigten Absenkungspfads von 2050 auf 2040
2025	PV-Anlagen Stadtgebiet 35 MWp	PV-Anlagen Stadtgebiet 45 MWp	Bei einer Zubaumenge von rund 8 MWp, wie im Jahr 2023, könnte das Ziel von 45 MWp im Jahr 2025 erreicht werden. (Stand 2023: 33 MWp)
		Städtische Förderung von PV-Anlagen wieder erhöhen (wird ab 1.1.2025 auf 50 % reduziert)	Falls der Zubau von PV-Anlagen nicht ohnehin in der Grössenordnung von 8 MWp pro Jahr steigt, müsste die städtische Förderung wieder erhöht werden. Eine zusätzliche Förderung bedingte eine Erhöhung der Energiefondsmittel (Erhöhung der Abgabe aus dem Stromkonsum).
2030	Der Strom aus Wasserkraft wird bis ins Jahr 2030 auf einen Anteil von 320 GWh/a erhöht	Der Strom aus Wasserkraft wird bis ins Jahr 2030 auf einen Anteil von 320 GWh/a erhöht	Keine Auswirkungen. Die Erhöhung des Anteils Wasserkraftstroms war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» vorgesehen und wurde in den letzten zehn Jahren von rund 200 GWh/a auf 300 GWh/a erhöht.
	Der Atomstrom wird auf null reduziert.	Der Atomstrom wird auf null reduziert.	Keine Auswirkungen. Der Ausstieg aus der Atomenergie bis 2030 war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» vorgesehen und wurde in den letzten zehn Jahren von rund 240 GWh/a auf 80 GWh/a reduziert.
	PV-Anlagen Stadtgebiet 60 MWp	PV-Anlagen Stadtgebiet 80 MWp	Bei einer Zubaumenge von rund 8 MWp, wie im Jahr 2023, könnte das Ziel von 80 MWp im Jahr 2030 erreicht werden. (Stand 2023: 33 MWp) (Förderung im Bedarfsfall; analog 2025)
		Bau /Beteiligung an Produktionsanlagen für erneuerbares Gas aus Überschuss-Strom oder Abnahmeverträge prüfen.	Durch die Beschleunigung des Absenkpfades steigt der Bedarf an erneuerbarem Gas früher und schneller. Durch den schnelleren Zubau von PV-Anlagen wird auch überschüssiger Solarstrom im Sommerhalbjahr früher ergeben. Daher ist die Speicherung/Umwandlung von Überschussstrom bzw. die Beschaffung von erneuerbarem Gas bereits ab 2030 zu forcieren.
2035	PV-Anlagen Stadtgebiet 82 MWp	PV-Anlagen Stadtgebiet 115 MWp	Bei einer Zubaumenge von rund 8 MWp, wie im Jahr 2023, könnte das Ziel von 115 MWp im Jahr 2035 erreicht werden. (Stand 2023: 33 MWp) (Förderung im Bedarfsfall; analog 2025)

2040	PV-Anlagen Stadtgebiet 105 MWp	PV-Anlagen Stadtgebiet 150 MWp	Bei einer Zubaumenge von rund 8 MWp, wie im Jahr 2023, könnte das Ziel von 150 MWp im Jahr 2040 erreicht werden. (Stand 2023: 33 MWp) (Förderung im Bedarfsfall; analog 2025)
	Bau /Beteiligung an Produktionsanlagen für erneuerbares Gas aus Überschuss-Strom oder Abnahmeverträge prüfen.		Wird bereits ab 2030 angegangen.
		Es wird ausschliesslich erneuerbarer Strom aus Wasser, Wind, Sonne und WKK eingesetzt.	Um die inländische, erneuerbare Stromproduktion (hauptsächlich Wasserstrom) nicht übermässig, d.h. über der der Stadt St.Gallen rechnerisch zustehenden Menge, zu beanspruchen, werden etwa 130 GWh/a erneuerbarer Strom von ausserhalb der Schweiz eingekauft werden müssen.
2045	PV-Anlagen Stadtgebiet 127 MWp		
2050	PV-Anlagen Stadtgebiet 150 MWp		
	Es wird ausschliesslich erneuerbarer Strom aus Wasser, Sonne, Wind und WKK eingesetzt.		
	Von ausserhalb der Schweiz werden 130 GWh/a erneuerbarer Strom eingekauft.		

2.3 Bereich Mobilität

	Roadmap Null-Tonnen-CO₂ bis 2050	Null-Tonnen-CO₂ bis 2040 (Beschleunigung)	Auswirkungen des beschleunigten Absenkungspfads von 2050 auf 2040
2025	Die Verkehrsbelastung auf dem städtischen Strassennetz wird plafoniert.	Die Verkehrsbelastung auf dem städtischen Strassennetz wird plafoniert.	Keine Auswirkungen. Die Plafonierung war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» vorgesehen und wurde im Jahr 2010 mit der Annahme der Städteinitiative beschlossen.
	Verdichtung des ÖV während den Hauptverkehrszeiten für attraktives Angebot.	Verdichtung des ÖV während den Hauptverkehrszeiten für attraktives Angebot.	Keine Auswirkungen. Abstimmung im Rahmen der Überarbeitung des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ notwendig.
		Förderung von Ladeinfrastrukturen.	Der Energiefonds fördert nach wie vor öffentlich zugängliche Ladestationen. Ladeinfrastrukturen in Mehrfamilienhausgaragen werden durch den Kanton genügend gefördert.
		Attraktive, direkte, sichere und steigungsarme Velorouten in der Stadt und in Umland.	Wird im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ umgesetzt
2030	ÖV 100 % elektrisch (Stadtgebiet)	ÖV 100 % elektrisch (Stadtgebiet)	Keine Beschleunigung notwendig. Wird durch die VBSG umgesetzt.
	Attraktive, direkte, sichere und steigungsarme Velorouten in der Stadt und in Umland.	Attraktive, direkte, sichere und steigungsarme Velorouten in der Stadt und in Umland.	Wird im Rahmen des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ umgesetzt
		Keine Inverkehrsetzung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren.	Liegt nicht in der Kompetenz der Stadt; die Autoindustrie ist bereits auf diesem Weg (in der EU dürfen ab 2035 keine Neuwagen verkauft werden, die mit Benzin oder Diesel fahren).
2035	Keine Inverkehrsetzung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren.		Muss bereits ab 2030 erfolgen.

³ Das Mobilitätskonzept 2040 ist zurzeit in der Überarbeitung und wird auf den Zeithorizont 2050 erweitert.

2040	Verdoppelung des Veloverkehrs	Verdoppelung des Veloverkehrs	Keine Auswirkungen. Die Verdoppelung des Veloverkehrs bis 2040 war bereits in der Roadmap «Null-Tonnen-CO ₂ bis 2050» vorgesehen. Abstimmung im Rahmen der Überarbeitung des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ notwendig.
	Zunahme ÖV um 50 %	Zunahme ÖV um 50 %	Keine Auswirkungen. Abstimmung im Rahmen der Überarbeitung des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ notwendig.
	Fussverkehr + 33 %	Fussverkehr + 33 %	Keine Auswirkungen. Abstimmung im Rahmen der Überarbeitung des Mobilitätskonzeptes 2040 ³ notwendig.
		MIV 100 % elektrisch	Ist nur realistisch, wenn ab 2030 keine Verbrenner in Verkehr gesetzt werden. Liegt nicht in der Kompetenz der Stadt.
		Güterverkehr 100 % elektrisch (50 % Batterie; 50 % H ₂)	Muss auf gesetzlicher Ebene geregelt werden (Verbot). Liegt nicht in der Kompetenz der Stadt.
		Regionaler öffentlicher Nahverkehr 100 % elektrisch	Muss auf kantonaler Ebene erwirkt werden (AöV). Liegt nicht in der Kompetenz der Stadt.
2045			
2050	MIV 100 % elektrisch		
	Güterverkehr 100 % elektrisch (50 % Batterie; 50 % H ₂)		
	Regionaler öffentlicher Nahverkehr 100 % elektrisch		
	Fuss- und Veloverkehr 45-50 % der Wege		

3 Fazit

3.1 Bereich Wärme

Im Wärmebereich ist eine beschleunigte Erreichung des Netto-Null-Ziels möglich: Die Nachfrage nach erneuerbaren Wärmesystemen ist (auch aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2022 und 2023) sehr gross. Eine Verlegung des Ziels auf 2040 bedingt vor allem, dass die St.Galler Stadtwerke und die Dienststelle Umwelt und Energie ihre Anstrengungen verstärken, den Umsteigewilligen auch die gemäss Wärmeversorgungsplan erwünschte Alternative zeitgerecht zur Verfügung zu stellen. Hauptmassnahme ist hier der schnellere Ausbau der Fernwärme, wie er von der Bevölkerung am 19. November 2023 beschlossen wurde. Weiter sind die Anstrengungen zur Schaffung von Klein-Wärmeverbunden mit WKK zu verstärken. Die (Re-) Finanzierung erfolgt durch die Nutzenden über die jeweiligen Gebührenrentarife. Ein weiterer Faktor ist die Reduktion der Wärmemenge durch die energetische Sanierung der Gebäude. Energetische Gebäudesanierungen sind sehr kostenintensiv, was eine Beschleunigung bis 2040, sowohl im privaten wie öffentlichen Bereich, schwierig macht und kaum realistisch sein wird.

Wirkung auf den Stadthaushalt: Erhöhung Dotationskapital für die Investitionsphase der Wärmeversorgung; über dessen Verzinsung ergibt sich keine Nettobelastung für die Stadt. Eine Beschleunigung der energetischen Sanierung der Verwaltungsbauten (Finanz- und Verwaltungsvermögen) benötigt gegenüber heute deutlich höhere finanzielle Mittel im Budget und führt zu einer zusätzlichen Verschuldung. Eine energetische Sanierung der Verwaltungsbauten bis 2040 erachtet der Stadtrat als nicht finanzierbar.

3.2 Bereich Strom

Im Strombereich geht es vor allem darum, mehr erneuerbare Elektrizität bereitzustellen. Der kleinere, aber nicht minder bedeutsame Teil muss via Solarenergie auf Stadtgebiet produziert werden. Bei einer Zubaumenge von rund 8 MWp, wie im Jahr 2023, könnte das Ziel des Energiekonzepts 2050 von 150 MWp bereits im Jahr 2040 erreicht werden. Ob dieser Trend anhält, ist jedoch schwierig einzuschätzen. Der grössere Teil des Stroms muss via Vorlieferantin beschafft werden; der Einkauf von erneuerbarem Strom kann teurer kommen als der Einkauf des Strommix, der auch noch (indirekt) teilweise auf fossiler Energie beruht. Entsprechende Mehrkosten können aber nach heutiger Regulierung in den Strompreis der Grundversorgung eingepreist werden. Bei den nicht über die Grundversorgung beziehenden Unternehmen hat die Stadt keinen Einfluss, um einen Bezug von Strom aus erneuerbaren Quellen sicherzustellen.

Wirkung auf den Stadthaushalt: Marginal durch allfällige Verteuerung des durch die Verwaltung verbrauchten Stroms.

3.3 Bereich Mobilität

Im Mobilitätsbereich ist der Handlungsspielraum der Stadt klein. Im öffentlichen Verkehr ist die VBSG-Flotte bis 2040 fossilfrei unterwegs. Im Regionalverkehr (Postauto, Regiobus) ist gemäss kantonaler Strategie davon auszugehen, dass dies bis 2040 ebenfalls der Fall sein wird. Der grösste Hebel liegt im MIV: Nachdem die Autobranche, von der EU getrieben, den Ausstieg aus den fossilen Energien eingeleitet hat, läuft hier die Dekarbonisierung an; die Stadt hat wenig Einflussmöglichkeiten, um den Zeitpunkt der vollständigen Dekarbonisierung zu steuern.

3.4 Auswirkungen auf die bestehende Planung

Stadtverwaltung

Einen direkten Einfluss auf die CO₂-Emissionen hat die Stadtverwaltung beim Betrieb der eigenen Liegenschaften, im öffentlichen Nahverkehr, soweit er durch die VBSG betrieben wird, sowie bei den eigenen Flottenfahrzeugen. In diesen Bereichen ist der Stadtrat bereit, Massnahmen umzusetzen, dass ab dem Jahr 2040 ausschliesslich erneuerbare Energie eingesetzt wird (allenfalls mit Ausnahmen bei einzelnen Spezialfahrzeugen). Eine Reduktion der energetischen Klimagasemissionen für die Stadtverwaltung bis 2040 erachtet der Stadtrat als möglich und notwendig. Für die Rezertifizierung als Energiestadt Gold ist das Ziel Null Tonnen CO₂ bis 2040 in der Stadtverwaltung eine Voraussetzung.

Gesamtes Stadtgebiet

Mit dem beschleunigten Ausbau der Fernwärme und der nach wie vor attraktiven Förderung von Erdsonden-Wärmepumpen werden bereits Massnahmen umgesetzt, um die CO₂-Emissionen auf dem gesamten Stadtgebiet bis 2040 rascher zu reduzieren. Eine Reduktion auf null Tonnen CO₂ bis 2040 wird jedoch kaum möglich sein. Auch in den kommenden Jahren werden aufgrund der heutigen wenig griffigen Energiegesetzgebung des Kantons 20 bis 30 Prozent der fossilen Heizungen durch fossile ersetzt werden (im Jahr 2022 waren es 31 %, im Jahr 2023 25 %). Entsprechend werden über das Jahr 2040 hinaus fossile Heizungen in Betrieb sein. Auch beim motorisierten Individualverkehr wird im Jahr 2040 der Anteil der Verbrenner am Motorfahrzeugbestand noch nicht bei null sein. Sowohl bei den Heizungen wie bei den Fahrzeugen hat die Stadt wenig Einfluss; es fehlen die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen auf kantonaler und nationaler Ebene (nötig wären ein Verbot von fossilen Heizungen ab 2025 sowie ein Verbot der Inverkehrsetzung von Verbrennerfahrzeugen ab 2030). Der Stadtrat erachtet es daher nicht als realistisch, die gesamten energiebedingten CO₂-Emissionen auf Stadtgebiet bis im Jahr 2040 auf null zu reduzieren. Massnahmen zur beschleunigten Reduktion, die im Einflussbereich der Stadtverwaltung liegen, wurden bereits beschlossen und werden umgesetzt.

Schlusswort

Der Stadtrat ist bereit, die notwendigen Massnahmen umzusetzen, um die energiebedingten Klimagasemissionen der Stadtverwaltung bis zum Jahr 2040 auf null zu reduzieren. Hingegen bleibt das Netto-Null-Ziel bezüglich der energiebedingten Klimagasemissionen auf dem gesamten Stadtgebiet bis zum Jahr 2050 bestehen. Massnahmen zur beschleunigten Reduktion, die im Einflussbereich der Stadt liegen, werden nach Möglichkeit umgesetzt.

Die Stadtpräsidentin:
Maria Pappa

Der Stadtschreiber-Stellvertreter:
Dario Schönenberger

Beilagen:

- Postulat «CO₂-neutral bis 2040; Auswirkungen auf die bestehende Planung»
- Energiekonzept 2050, vom Stadtrat am 22. Mai 2024 beschlossen